

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Eberhard Rotter

Abg. Andreas Lotte

Abg. Jürgen Mistol

Staatssekretär Albert Füracker

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Baukindergeld noch vor der Bundestagswahl 2017 (Drs. 17/15027)

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter
Winter u. a. und Fraktion (CSU)**

Wohneigentum von Familien fördern (Drs. 17/15055)

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte,
Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)**

Für ein zielgerichtetes "Baukindergeld" - noch in dieser Legislaturperiode!

(Drs. 17/15056)

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Glauber. Bitte schön, Herr Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum vorhergehenden Punkt und zu den Aussagen des Kollegen Schalk noch Folgendes anmerken. Herr Kollege Schalk, Sie werfen der Opposition vor, sie habe von der Projektentwicklung keine Ahnung. Ich sage Ihnen als Kommunalpolitiker im Ansbacher Stadtrat: Wenn Sie drei Jahre brauchen, um ein Projekt zu entwickeln und in die Gänge zu kommen, ist das für einen Kommunalpolitiker ein schlechtes Zeichen. Es ist schlecht, Dinge über die Öffentlichkeit zu kommunizieren, wenn man am Ende nichts vorzuweisen hat, auch wenn man von der Opposition immer wieder darauf hingewiesen wird. Man muss als Staatsregierung nach drei Jahren schon wissen, wohin man will. Man hätte deutlich weiter sein können, ohne die Öff-

fentlichkeit immer über die Schritte zu informieren, die meiner Meinung nach in den Verhandlungen schädlich waren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Antrag betrifft das Baukindergeld. Das Baukindergeld wurde in verschiedenen Debatten bereits in die Bundestagswahl eingebracht. Der Ministerpräsident hat in seiner letzten Regierungserklärung ebenso wie die CDU auf ihrem letzten Parteitag ein Baukindergeld in Aussicht gestellt. Auch die SPD will ein Baukindergeld einführen. Nur: Aus Sicht der FREIEN WÄHLER ist das Baukindergeld ein sehr wichtiges Thema. Dieses Thema sollten wir nicht im Wahlkampf und in den Koalitionsverhandlungen diskutieren, ohne es danach umsetzen zu können.

Wir sind der Meinung: Führen Sie angesichts der Steuereinnahmen, die momentan auf Bundesebene vorliegen, das Baukindergeld jetzt ein. Sie sind in der Lage, es zu tun. Wir haben entsprechende steuerliche Einnahmen. Es wäre für die Familienpolitik und für die künftige Politik im Allgemeinen, aber auch für eine Altersabsicherung ein wichtiger Schritt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit Blick auf die Zahlen werden Sie feststellen, dass Deutschland, was die Eigenheimquote angeht, in Europa Schlusslicht ist. Spitzenreiter sind die Italiener, Polen, Briten und, ganz vorne, die Holländer. Das ist die beste Form von Sozialpolitik: familienfreundlich, kinderfreundlich und gesellschaftsfreundlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diesen Schritt wollen wir FREIE WÄHLER gehen. Deshalb haben wir mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag die sofortige Einsetzung und Umsetzung eines Baukindergeldes gefordert, und zwar in Höhe von 2.000 Euro auf zehn Jahre pro Kind. Das sind bei zwei Kindern 40.000 Euro, die beim Bau einer Immobilie oder beim Erwerb einer Wohnung über einen Zeitraum von zehn Jahren zu bekommen sind.

Kolleginnen und Kollegen, warum fordern wir diesen Betrag? – Wir hatten schon immer eine Familienwohnraumförderung. Im Jahr 1982, als meine Eltern gebaut haben, bis zum Jahr 1994 war das eine steuerliche Abschreibung. Von 1994 bis zum Jahr 2006 war es die Eigenheimzulage. Ich will nicht verhehlen, dass es bei der Eigenheimzulage Mitnahmeeffekte gab. Die Leute konnten zeitlebens, auch als Pensionäre, zumindest einen Anteil von circa 20.000 Euro erhalten. Wir wollen solche Mitnahmeeffekte nicht. Wir wollen eine klassische Familienförderung. Deshalb haben wir mit unserem Dringlichkeitsantrag einen Betrag von 20.000 Euro pro Kind gefordert.

12.000 Euro pro Kind, die nach dem Dringlichkeitsantrag der CSU zur Verfügung gestellt werden sollen, reichen aus unserer Sicht nicht aus. Die Bundesbauministerin und die SPD haben noch gar keine Aussage zu einem konkreten Betrag gemacht. Warum fordern wir einen Betrag von 20.000 Euro pro Kind? – Bei der Schaffung eines Wohneigentums im Umfang von 130 qm entstehen heute Kosten von etwa 300.000 Euro. Der Anteil der Nebenkosten ist Jahr für Jahr gestiegen. Diese Nebenkosten liegen heute bei 30.000 Euro. Bei der heutigen Kreditrahmenrichtlinie brauchen die Familien deshalb den wichtigen Baustein eines Baukindergelds als Grundstock für die Förderung von Wohneigentum.

Folgen Sie deshalb unserem Vorschlag! Führen Sie jetzt ein Baukindergeld ein! Die CSU-Fraktion hat es mit der Wirtschaftsministerin vermocht, ein 10.000-Häuser-Programm einzuführen. Im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms, das ein rein bayerisches Programm ist, bekommen die Familien bis zu 18.000 Euro, wenn sie sich für einen Massivhausstandard entscheiden. Das ist eine rein bayerische Förderung. Kommen Sie deshalb bitte nicht mit dem Argument ans Rednerpult, dass es sich hier um ein Bundesprogramm handelt. Sie haben es geschafft, 18.000 Euro Fördermittel in Rahmen des 10.000-Häuser-Programms allein für die bayerischen Familien zur Verfügung zu stellen. Sollte die Einführung des Baukindergelds auf Bundesebene nicht möglich sein, dann führen Sie ein bayerisches Baukindergeld ein. Dies würde den

Standort Bayern stärken. Das wäre auch familienfreundlich. Eine solche Maßnahme würde der Familienfreundlichkeit in Bayern gut zu Gesicht stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zu diesem Thema wurden zwei Dringlichkeitsanträge hinterhergeschoben. Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion natürlich ab, da Sie damit die Einführung eines Baukindergelds auf die nächste Legislaturperiode verschieben wollen. Sie wissen aber noch gar nicht, ob Sie dann überhaupt noch im Bund gestalten können. Außerdem ist der Betrag von 12.000 Euro einfach zu niedrig.

Auch den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion lehnen wir ab, weil die SPD auf die Bauministerin verweist, die eine Eigenheimzulage in Metropolen und Universitätsstädten schaffen möchte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da sind Sie falsch informiert, Herr Kollege!)

– Doch, so ist es. Sie haben sich außerdem nicht zu einem Betrag geäußert. Wir werden uns deshalb zu Ihrem Antrag der Stimme enthalten. Sie können ihn ja noch so gestalten, dass das Baukindergeld noch in dieser Periode eingeführt werden soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Glauber. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Rotter. Bitte schön, Herr Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Glauber, Sie haben in einem Punkt recht: Wir wissen nicht hundertprozentig, ob wir in der nächsten Legislaturperiode im Bund mitgestalten können. Wir haben aber gute Voraussetzungen und sind sehr zuversichtlich, weil die gute Politik anerkannt wird.

(Beifall bei der CSU)

Aber eines wissen wir hundertprozentig, nämlich, dass Sie dort nicht werden mitgestalten können. Wir haben es hier mit einem Schaufensterantrag zu tun, der für die FREIEN WÄHLER typisch ist: Was ziehen Sie denn hier für eine Show ab? Wenn das Baukindergeld eine so wichtige Angelegenheit ist, warum sind Sie dann erst jetzt aufgewacht? Sie haben erst einmal abgewartet, was die CSU und die SPD in Berlin machen. Und dann sind Sie, typisch für die FREIEN WÄHLER, noch schnell mit einem Antrag gekommen: ein bisschen mehr, ein bisschen schneller. Alles in der Hoffnung, dass die Leute sagen: Mei, was sind die FREIEN WÄHLER für tolle Hechte.

(Beifall bei der CSU)

Wir hatten gerade die Haushaltsberatungen, und daher kennen wir Ihre Methode, etwas zu fordern, ohne einen Gegenfinanzierungsvorschlag zu machen. Jetzt, nachdem der Bundeshaushalt beschlossen ist, fordern Sie, dass diese Maßnahme noch in dieser Legislaturperiode kommen soll. Das ist wirklich unseriös. Durch dieses Bundesprogramm wollen wir in Bayern 100.000 Wohnungen in den Jahren 2019 bis 2021 fördern. Herr Kollege Glauber, von daher passt Ihr Vergleich mit dem 10.000-Dächer-Programm damit überhaupt nicht zusammen. Herr Kollege Glauber, Sie haben vom 10.000-Häuser-Programm gesprochen. Sie meinten wahrscheinlich das 10.000-Dächer-Programm.

Sie vermuten richtig, dass das, was Sie fordern, von uns abgelehnt werden wird. In einer Pressemitteilung haben Sie erklärt, das von uns angekündigte Baukindergeld wäre eine "Wahlkampfblendgranate". Abgesehen von dieser tollkühnen Wortwahl ist das natürlich blühender Unsinn. Fakt ist, dass wir nicht erst seit September die Einführung eines Baukindergelds fordern. Der CSU-Parteivorstand hat am 9. und 10. September 2016 mehr Eigenheime für Familien gefordert: Junge Familien haben ein Recht auf die eigenen vier Wände. Wer eine Familienwohnung erwirbt, soll vom Staat in den ersten zehn Jahren mit 1.200 Euro pro Kind jährlich gefördert werden. Für junge Familien mit zwei Kindern bedeutet das eine Förderung von bis zu 24.000 Euro.

Wenige Wochen später, am 28. September, hat unser Ministerpräsident hier im Bayerischen Landtag von diesem Podium aus erklärt: Wir wollen den Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum von Familien mit Kindern fördern, mit einem Zuschuss von insgesamt bis zu 12.000 Euro pro Kind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann warten Sie doch nicht, bis der Schulz Kanzler wird!)

Die CSU-Landesgruppe des Deutschen Bundestages hat in ihrer Fraktionsklausur im Kloster Seeon zu Beginn dieses Jahres erklärt: Wir wollen ein Baukindergeld einführen. Beim Erwerb selbst genutzten Wohneigentums wollen wir in den ersten zehn Jahren für jedes im Haushalt wohnende Kind eine Förderung von 1.200 Euro gewähren. Diese Förderung wirkt unmittelbar und unabhängig vom Weg der Baufinanzierung.

Schließlich wurde vergangene Woche auf der Klausurtagung meiner eigenen Fraktion im Kloster Banz wörtlich festgestellt:

Wir möchten in allen Landesteilen besonders Familien bei der Bildung von Wohneigentum unterstützen. Mit einem Baukindergeld von insgesamt ... 12.000 Euro pro Kind in einem 10jährigen Förderzeitraum (d. h. 1.200 Euro pro Jahr) wollen wir ihnen deshalb die Eigenheimfinanzierung erleichtern.

Sie sind super im Abschreiben: Note eins.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Macht es! Nicht Anträge stellen! Macht es!)

Hieraus sehen Sie, dass wir uns im Gegensatz zu Ihrem Antrag, der eine Blendgranate darstellt, um diese Wortwahl aufzugreifen, mit diesem Thema ernsthaft beschäftigen. Wir haben dies durch den Dringlichkeitsantrag, den wir als Nachzieher vorgelegt haben, nochmals dokumentiert. Darin fordern wir die Staatsregierung auf, in der nächsten Legislaturperiode im Bund ein Baukindergeld von insgesamt bis zu 12.000 Euro pro Kind in einem zehnjährigen Förderzeitraum einzuführen. Diese neue

Eigenheimförderung soll es Familien mit Kindern erleichtern, Wohnungseigentum zu erwerben, und zwar überall in Bayern. Daher soll beim Erwerb selbst genutzten Wohnungseigentums in den ersten zehn Jahren für jedes im Haushalt wohnende Kind eine Förderung von 1.200 Euro im Jahr gewährt werden.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER werden wir, wie gesagt, ablehnen.

Ich muss jetzt noch einige Sätze zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion verlieren. Im ersten Absatz wird darin ein "zielgerichtetes Baukindergeld" für "Familien in besonderen Wohnlagen" gefordert. Was ist denn damit gemeint? Es gibt Familien in besonderen Lebenslagen. Zunächst ist es zu begrüßen, dass endlich auch die SPD erkannt hat, dass auch eine Wohnungseigentumsförderung wichtig ist, weil sie hilft, den Wohnraummangel zu verringern. Wir vertreten diesen Ansatz schon seit Langem. Deshalb sind wir neben der großzügigen Förderung im sozialen Mietwohnungsbau natürlich auch dafür, die Eigentumsförderung weiter zu verstärken.

Ich erinnere mich noch gut an den Herbst 2005. Kollege Glauber hat gesagt, bis 2006 habe es die Eigenheimzulage gegeben. Das ist richtig. Dann haben die Koalitionsverhandlungen der ersten Großen Koalition der Regierung Merkel stattgefunden. Verhandlungsführer waren Angela Merkel, Franz Müntefering und Edmund Stoiber. Wer hat denn damals die Abschaffung der Eigenheimzulage betrieben? – Das war nicht die CSU, auch nicht die CDU. Aber für die SPD war sie *Conditio sine qua non*,

(Volkmar Halbleib (SPD): Stimmt nicht!)

eine Grundvoraussetzung dafür, dass sie bereit war, mit in die Große Koalition einzutreten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Geschichtsklitterung!)

– Nein, das ist keine Geschichtsklitterung. Ja no, Herr Halbleib, dann widerlegen Sie das einmal, und bringen Sie lieber einen gescheiten Zwischenruf.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Da gab es ein Papier, in dem Ministerpräsident ...)

– Ich will Ihnen nun nicht unterstellen, dass Sie fragen:

(Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist eine CDU-Devise!)

Wahrscheinlich halten Sie es mit Konrad Adenauer, der sagte: Was hindert mich daran, jeden Tag klüger zu werden? – Nun hat es elfeinhalb Jahre gedauert, bis Sie klüger geworden sind. Aber es ist sicher noch nicht zu spät.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt doch zwischendurch regiert, und zwar ohne uns, und da war nicht mehr die Rede davon!)

Ja, doch wenn wir das fordern, dann richtig. Ich meine: Bayern möchte ein Baukindergeld wie die frühere Eigenheimzulage, finanziert aus dem Einkommensteueraufkommen, wodurch es keinen Budgetrestriktionen unterliegt. Wir wollen die Herstellung oder den Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum im gesamten Bundesgebiet begünstigen.

Demgegenüber ist das von Frau Hendricks erwähnte Zuschussprogramm des Bundes, das sie in die Diskussion zum Thema Baukindergeld eingebracht hat, auf ein Haushaltseinkommen von maximal 70.000 Euro bei Herstellung oder Erwerb eines Eigenheimes in Regionen mit hohen Immobilienpreisen – wo fangen die an, wo hören die auf? – beschränkt und soll eine nach der Kinderzahl gestaffelte Einmalzahlung sein. Da soll es für das erste Kind einen Zuschuss von 8.000 Euro geben, für das zweite und dritte Kind jeweils einen Zuschuss von 6.000 Euro.

Für unser bayerisches Konzept sprechen drei gewichtige Vorteile: Zum einen ist das Förderniveau deutlich höher; eine Familie mit drei Kindern erhielte ein Baukindergeld

von bis zu 36.000 Euro. Bei Frau Hendricks wären es 20.000 Euro. Dann werden die unterschiedlichen Lebenspläne besser berücksichtigt, da durch den zehnjährigen Förderzeitraum erreicht würde, dass auch für später geborene Kinder eine Förderung gewährt wird. Und dann wird – das ist mir ganz, ganz wichtig – hier der ländliche Raum nicht benachteiligt. Die Stärkung des ländlichen Raums ist ein zentrales Anliegen der CSU-Landtagsfraktion und der von ihr getragenen Staatsregierung. Dementsprechend muss die Wohneigentumsbildung flächendeckend und nicht nur in Ballungsräumen mit hohen Immobilienpreisen gefördert werden. Vor allem gilt: Angemessener Wohnraum für Familien kennt keine Himmelsrichtung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hoffen, dass wir durch dieses Baukindergeld – so die Schätzungen unseres Finanz- und Heimatministeriums – im Zeitraum von 2019 bis 2021 allein in Bayern die Herstellung bzw. den Erwerb von mehr als 100.000 Wohnungen fördern können. Auf diese Weise profitieren mehr als 100.000 bayerische Familien. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Wir werden die beiden Dringlichkeitsanträge der FREIEN WÄHLER und der SPD ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Rotter. – Als Nächster hat sich der Kollege Lotte zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Andreas Lotte (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe die aufgeregte Debatte gar nicht. Wir haben doch jetzt die Situation: Die CSU fordert ein Baukindergeld, die CDU auf Bundesebene fordert ein Baukindergeld, die SPD möchte auch gerne ein Baukindergeld, und auch die FREIEN WÄHLER sagen jetzt, sie möchten gerne ein Baukindergeld. Das heißt: In der Grundsatzüberlegung sind wir uns doch durchaus einig hier im Landtag, indem wir sagen: Die eigenen vier Wände sind ein Traum vieler Familien, und alle wollen einen Beitrag dazu leisten, dass dieser Traum für die Familien wahr werden kann. Wir sind uns auch darüber einig, dass der Immobilienerwerb eine Form der Alterssicherung ist. Aber wir haben

die aktuelle Situation, dass sich viele trotz der niedrigen Zinsen eben kein Wohneigentum leisten können. Herr Rotter, das gilt eben ganz besonders in den Ballungsräumen, und das gilt natürlich auch in besonderem Maße für den Mittelstand, dem das notwendige Kleingeld fehlt, um Immobilien in den Ballungsräumen tatsächlich erwerben zu können.

Aber wir müssen auch – und deswegen wundert mich die hitzige Debatte doch ein bisschen – gemeinsam um die beste Lösung ringen. Da kann man es sich natürlich einfach machen und wie Herr Rotter sagen: Wir haben die beste Lösung, und darüber reden wir auch gerne; umsetzen wollen wir sie dann irgendwann in der nächsten Legislaturperiode, aber bitte möglichst nicht sofort.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Das ist ja auch unser Kritikpunkt, den wir hier in Bayern haben: Wir brauchen eine Wohnungsbaubeschleunigung. Wir müssen sofort handeln, nicht irgendwann.

(Beifall bei der SPD)

Und wer die Presse zum Thema Baukindergeld verfolgt hat, wird feststellen: In der ganzen Debatte über das Baukindergeld hat Barbara Hendricks das ausgewogenste Konzept vorgestellt. Damit meine ich das Konzept im Detail, im Konkreten. Die FREIEN WÄHLER reduzieren es letztendlich auf eine Summe. Darüber, was die angemessene Summe in Berlin ist, 20.000, 30.000 oder 8.000 Euro, können wir jetzt hier im Landtag natürlich debattieren; wir entscheiden das gar nicht im Landtag. Aber erst einmal müssen wir uns über den Rahmen, über die Grundbedingungen verständigen und darum ringen, was denn das klügste Konzept ist und wie wir Anreize schaffen können, damit Familien bauen können. Da finde ich: Ein Eigenkapitalzuschuss für Familien – ich nenne ihn bewusst "Eigenkapitalzuschuss" und nicht "Baukindergeld" – ist mit Sicherheit ein wichtiger Schritt.

Ein weiterer Schritt ist auch eine Reduzierung der Nebenkosten beim Erwerb, beim Bau von Immobilien. Beispielsweise könnte man über die Notarkosten reden, über die Gebühren für den Grundbucheintrag oder die Grunderwerbsteuer, bei der wir hier in Bayern ja sehr niedrig liegen. Trotzdem kann man überlegen, ob man Familien die Grunderwerbsteuer vielleicht beim Ersterwerb von Immobilien erlässt. Zum anderen funktioniert oft die Finanzierung für viele Familien letztendlich nicht, obwohl Eigenkapital vorhanden ist. Diese Debatte haben wir in der Vergangenheit auch schon geführt. Wir brauchen also KfW-Programme, die eine Finanzierung für Familien überhaupt erst ermöglichen, das heißt tilgungsfreie Jahre enthalten, die entsprechend als Eigenkapitalersatz gewertet werden. Das ist für mich, für uns ein ganzheitliches Konzept; das meinen wir mit einer gezielten Förderung.

Wir wollen also einen Eigenkapitalzuschuss in teuren Ballungsgebieten. Herr Rotter, Ihre Frage war, wo das letztendlich überhaupt anfängt: Also, in Ballungsräumen wollen wir einen Eigenkapitalzuschuss, im Umkehrschluss überlegen wir uns aber auch, wie wir den ländlichen Raum stärken können. Bringt es denn dem ländlichen Raum wirklich viel, wenn irgendwo Neubau entsteht? Oder ist nicht vielen viel mehr damit geholfen, wenn wir die Ortskerne, die Ortszentren stärken, indem wir den Erwerb durch Familien ganz gezielt im Bestand fördern, damit diese jungen Familien wieder in den Ortskernen wohnen oder dauerhaft dort wohnen bleiben? – Das ist doch eine nachhaltige Stärkung des ländlichen Raumes.

(Beifall bei der SPD)

Zum Haushaltseinkommen sollte auch die Frage erlaubt sein: Wollen wir wirklich eine ungezügelter Subventionierung aller Haushalte, unabhängig vom Einkommen? Wollen wir wirklich irgendeinen Millionär, der sich eine Immobilie kauft, mit einem Baukindergeld oder einer Zulage finanzieren? Oder wollen wir es denn nicht koppeln an das Einkommen, an den Mittelstand, an geeignete Grenzen, um Familien mit einem entsprechenden Einkommen gezielt zu fördern?

Herr Rotter, bei der Eigenheimzulage ist doch, ohne das Thema der Geschichtsklitterung wieder aufzumachen, nach der Art der Förderung zu fragen. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass wir über die Gießkanne sehr viel Geld verteilt haben. Bei manchen ist die Förderung richtig angekommen, bei manchen aber auch nicht. Der Staat muss sich also bei jeder Subventionierung sehr wohl überlegen, wie es gelingen kann, dass sie zielgerichtet ist. Dazu müssen wir Rahmenbedingungen setzen; die Lösung kann nicht sein, einfach das zu wiederholen, was wir schon mal hatten, und das wieder aus der Mottenkiste herauszuholen. Wir brauchen demgegenüber eine klare, gezielte Förderung.

(Beifall bei der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir eine effiziente, kluge und zielgerichtete Förderpolitik wollen, müssen wir sie schnell umsetzen. Wir müssen diese große Chance in dieser Legislaturperiode des Bundestags nutzen. In diesem Punkt stimme ich ausdrücklich mit den FREIEN WÄHLERN überein. Wir sollten das sofort tun. Wir werden uns jedoch der Stimme enthalten, weil wir die Summen im Antrag der FREIEN WÄHLER für falsch halten. Wir glauben nicht, dass es darum geht, wer den höchsten Betrag bietet. Den Antrag der CSU werden wir nicht ablehnen, uns jedoch ebenfalls der Stimme enthalten, weil wir der Meinung sind, dass die Förderung nicht erst in der nächsten Legislaturperiode, sondern sofort umgesetzt werden sollte. Herr Rotter, wenn Sie dies ändern, würden wir dem CSU-Antrag zustimmen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass für viele Familien in Bayern der Traum von den eigenen vier Wänden wahr werden kann. Finden wir eine Lösung! Wir sind gar nicht weit auseinander.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Lotte. – Herr Kollege Rotter hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Eberhard Rotter (CSU): Lieber Herr Kollege Lotte, ich glaube, wir sind nicht weit auseinander. Das will auch die Regierungskoalition auf Bundesebene. Sie fordern jedoch immer wieder eine Einkommensgrenze von 70.000 Euro. Außerdem lehnen Sie die frühere Eigenheimzulage ab. Mit Sicherheit gab es den einen oder anderen Mitnahmeeffekt. In dieser Diskussion schwingt meiner Ansicht nach immer noch ein bisschen Neid mit. Wo soll man die Grenze ziehen? Was ist sowohl hinsichtlich des Einkommens als auch der Gebiete, für die die Förderung gelten soll, gerecht? – Mit einem Einkommen von 70.000 Euro als Alleinverdiener und mit mehreren Kindern wird man in München trotz Baukindergeldes wahrscheinlich kein Einfamilienhaus finanzieren können.

Sie haben von Ballungsräumen gesprochen. Was ist mit den Tourismusregionen, die wir in Bayern Gott sei Dank haben? Was sage ich den Bürgern in Lindau am Bodensee, in Sonthofen oder in Oberstdorf, wo die Grundstückspreise mit denen in München vergleichbar sind? – Du hast Pech gehabt, weil du nicht in einem Ballungsraum lebst. Die SPD ist zwar für die Ballungsräume, aber nicht für die ländlichen Räume; aus diesem Grund gibt es hier kein Baukindergeld. Deswegen fordern wir ein Baukindergeld für alle.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Rotter. – Herr Lotte, bitte schön.

Andreas Lotte (SPD): Sehr geehrter Herr Rotter, wir haben die Gebiete noch nicht klar benannt. Wir haben angespannte Wohnungsmärkte in Bayern definiert. Das haben Sie auch gemacht. Andere Bundesländer haben andere Kriterien gewählt. Deshalb kann man das nicht über einen Kamm scheren. Bei der Vielzahl der angespannten Wohnungsmärkte, die wir derzeit in Bayern haben, sind wir uns jedoch einig, dass viele Tourismusregionen dazugehören. Wir können uns darauf verständigen, dass es

um die angespannten Wohnungsmärkte geht. Wir wollen das Geld in die angespannten Wohnungsmärkte stecken, um diese zu entspannen.

Herr Rotter, was die Einkommensgrenzen betrifft, gilt für Sie dasselbe wie für die FREIEN WÄHLER. Sie veranstalten einen Überbietungswettbewerb. Wir können darüber diskutieren und sagen: 70.000 Euro ist die falsche Einkommensgrenze. Wir können die Einkommensgrenze auch auf 75.000 Euro, 80.000 Euro oder höher festsetzen. Im Interesse der Gerechtigkeit sollten aber nicht alle dieselbe Summe erhalten. Bei Subventionen sollten wir die Bedürftigkeit berücksichtigen. In Deutschland braucht ein Millionär kein Baukindergeld.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Lotte. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Mistol. Bitte schön, Herr Kollege.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wer bisher davon überzeugt war, dass das Baukindergeld eine gute Sache ist, ist nach der Debatte etwas ernüchtert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwar sind sich CSU, SPD und FREIE WÄHLER im Ziel einig, streiten jedoch wie die Kesselflicker. Dass ihr alle nicht weit auseinander seid, habt ihr geschickt verbergen können. Offensichtlich hat der Bundestagswahlkampf schon begonnen. Sie glauben alle, einen Superwahlkampfschlager entdeckt zu haben. Jetzt geht es darum, wer in den Charts am höchsten aufsteigt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt kommt der geniale Vorschlag von den GRÜNEN!
Wir sind gespannt!)

Das Baukindergeld klingt wunderschön nach Kindern und Kinderförderung. Jedoch ist nicht alles, was schön klingt, auch sinnhaft und eine gute Antwort auf die aktuellen Probleme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Baukindergeld ist nicht neu. Das ist ein Konzept aus der subventionspolitischen Mottenkiste. Das Baukindergeld gab es schon einmal im Zeitraum von 1996 bis 2006 im Rahmen der Eigenheimförderung. Das war eine der teuersten Subventionsleistungen der Nachkriegsgeschichte. Man muss feststellen: mit mäßigem Erfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der heutigen Debatte habe ich gelernt, dass es verschiedene Konzepte gibt. Das Konzept von Frau Hendricks konzentriert sich auf die Ballungsräume und die Förderung der Innenentwicklung. Das klingt erst mal nicht schlecht. Trotzdem ist es nur ein Tropfen auf den heißen Stein, um jungen Familien mit geringem Einkommen tatsächlich zu einem Eigenheim zu verhelfen. Eine Reihe von Gründen sprechen dafür, diesen Subventionstopf nicht wieder aufzumachen. Das Baukindergeld löst wirklich nicht die drängendsten Probleme. Wir haben keinen Mangel an Eigenheimen. In den Ballungsräumen werden Eigentumswohnungen gebaut, weil dies für die Bauträger lukrativer ist. Tatsächlich fehlt es in Bayern an bezahlbaren Mietwohnungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können jeden Euro nur einmal ausgeben. Wir müssen schauen, was das Wichtigste ist. Aus Sicht der GRÜNEN ist der Mietwohnungsbau im Moment das Wichtigste. Aus unserer Sicht setzt das Baukindergeld an der falschen Stelle an. Das Baukindergeld setzt bei der Nachfrage an. Wenn man heute etwas Sinnvolles erreichen will, muss man jedoch beim Angebot ansetzen. Wir brauchen insbesondere in Innenlagen bebaubare Grundstücke. Wir brauchen in den Städten mehr Nachverdichtung. Wir benötigen mehr Wohnungsbau in Baulücken. Vorhandene Wohngebäude müssen aufge-

stockt werden. Außerdem brauchen wir eine ausreichende und zielgerichtete staatliche Wohnraumförderung, um den Mietwohnungsbau anzukurbeln. Die Kürzung der Landesmittel im aktuellen Doppelhaushalt setzt genau das falsche Zeichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich werden nicht die wirklich Bedürftigen gefördert. Geringverdiener können mit dieser Subvention gar nichts anfangen. Im Stadtgebiet München kosten Neubauwohnungen im Durchschnitt 6.500 Euro pro Quadratmeter. Angesichts dieser Preise braucht man in München nicht mit einem Baukindergeld anzukommen. Im Münchner Umland sind die Grundstückspreise ebenfalls exorbitant hoch. Selbst im Falle einer sehr guten Förderung werden sich Familien mit geringem Einkommen kein Eigenheim leisten können.

Die zusätzliche staatliche Förderung in Form des Baukindergelds von 1996 bis 2006 hat zu höheren Immobilienpreisen geführt. Die Bauträger haben sich informiert, was es von staatlicher Seite obendrauf gibt. Das ist gleich in den Preis einberechnet worden. Die Bauträger haben sehr schnell herausgefunden, wie sehr sie die Preise für neue Wohnungen und Häuser erhöhen müssen, um die Subventionen für sich abzugreifen. Letztendlich trug die Eigenheimförderung maßgeblich zur Preissteigerung auf dem Immobilienmarkt bei. Bei einer Neuauflage kann wieder von einer solchen Entwicklung ausgegangen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Hendricks hat gesagt, dass das Förderprogramm schon im Jahr 2017 beginnen solle. Herr Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN spricht sich ebenfalls für eine sofortige Förderung aus. Bis zur Bundestagswahl ist es nicht mehr lange hin. Der Haushalt ist schon beschlossen worden. Im Bundeshaushalt 2017 sind für das Baukindergeld keine Mittel vorgesehen. Insofern wird es auch nichts geben. Wer etwas anderes behauptet oder glauben machen will, dass tatsächlich noch in diesem Jahr etwas passiert, dem muss man entgegenhalten: Das geht rein technisch nicht mehr. Das

kann man nicht mehr hinbekommen. Auch wenn man es sich wünscht, wird vor 2018 nichts mehr passieren.

Herr Kollege Rotter, ich verwende jetzt nicht den Begriff "Blendgranate", aber letztendlich – –

(Eberhard Rotter (CSU): Ich habe nur zitiert!)

– Ja, aber letztendlich ist das ein Wahlkampfmanöver, um von den eigentlichen Defiziten in der Wohnungspolitik abzulenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Mistol. – Für die Staatsregierung hat sich jetzt Staatssekretär Füracker zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Füracker.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle loben unser Baukindergeld.

(Unruhe bei der SPD)

Ich sage ganz bewusst "unser Baukindergeld", weil alle diejenigen, die heute mit dem Begriff Baukindergeld viel Positives verbinden, diesen Begriff letzten Endes bei uns abgeschrieben haben. Sie haben den Begriff bei uns entdeckt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wollt ihr doch gar nicht! Das wollt ihr doch erst später machen!)

Am 20. Dezember des Jahres 2016 hat der Ministerrat des Freistaates Bayern beschlossen, dass in unserem Gesamtkonzept einer steuerlichen Entlastung in der nächsten Legislaturperiode ein Element das Baukindergeld sein soll. Es ist Bestandteil unseres sogenannten Bayerntarifes, der mehr umfasst als nur das Baukindergeld als solches; es ist aber auch ein wesentlicher Bestandteil. Wir machen eine steuerliche

Entlastung von insgesamt 15 Milliarden Euro. Gerade für diejenigen, die nicht so viel verdienen, ist sehr viel vorgesehen, unter anderem die Abschaffung des Soli und der kalten Progression –, Sie kennen das – und eben auch das Baukindergeld. Es ist ein klares Konzept, das wir für die nächste Legislaturperiode vorlegen. Wie immer gilt dabei das Gleiche: Wir legen Vorschläge für steuerliche Entlastungen vor – und die werden wir auch beschließen –, die GRÜNEN aber erhöhen Steuern, und dort, wo die SPD regiert, ist die Grunderwerbsteuer erhöht worden, und zwar auf ein Niveau von bis zu 6,5 %. Wir sind immerhin weiter bei 3,5 %. Die Menschen können sich also darauf verlassen: Dort, wo wir Einfluss haben, werden Steuern gesenkt und niedrig gehalten. Aber dort, wo GRÜN das Sagen hat, werden Steuern erhöht. Es ist immer das Gleiche.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, es ist auch richtig, dass das Ganze aus dem Einkommensteueraufkommen finanziert werden soll. Die Beträge sind bekannt, die brauche ich nicht alle zu erwähnen. Die CSU-Fraktion unterstützt diesen Kurs mit jährlich 1.200 Euro je Kind. Bei zehn Jahren sind das eben 12.000 Euro. Dafür bedanke ich mich herzlich. Die Belastung ist gut zwischen Bund, Ländern und Kommunen verteilt. Das ist also klug austariert.

Warum machen wir das? – Auch das wurde vielfach erwähnt: Wir wollen Wohneigentum für Familien. Wie kann man sich aber hier herstellen und behaupten, wie das mein Herr Vorredner getan hat, es gäbe bei uns keinen Mangel an Wohneigentum? – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, ob man jetzt in Regensburg in allen Bereichen durcheinandergelassen ist. Fakt ist doch, dass das Wohneigentum in Deutschland bei 45 % liegt. Wir haben es heute schon ein paar Mal gehört: In Österreich ist es höher, ebenso in Frankreich, in Finnland. In Spanien liegt es bei fast 79 %. Eines aber muss man wissen: Wenn jemand in einer Mietwohnung lebt und dann plötzlich in die Lage versetzt wird, sich Wohneigentum zu verschaffen, dann wird eine

Mietwohnung wieder frei, und die kann wieder bewohnt werden. Damit ist die Förderung von Wohneigentum auch eine Mietwohnungsförderung.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Gesamtkonzept. Wir wollen die Wohnraumversorgung gerade für die Familien verbessern. Wir wollen Wohneigentum als Baustein für die Altersversorgung aufbauen. Wir wollen den Mietwohnungsmarkt entlasten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade dafür eignet sich unser Konzept in hervorragender Weise. Zurzeit haben wir die Wohnraumförderung mit Wohn-Riester. Früher hatten wir die Eigenheimzulage. Ich sage es auch nochmal: Gott sei Dank haben wir hier bei uns in Bayern die Förderung des Wohneigentums über die Grunderwerbsteuer ganz anders dargestellt als andere Bundesländer. In Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Brandenburg und im Saarland liegt die Grunderwerbsteuer bei 6,5 %. In Berlin und Hessen beträgt sie 6 %. In Bayern liegt die Grunderwerbsteuer bei 3,5 %. Hier gilt also: Wo die SPD regiert, werden Steuern erhöht. In Bayern bleiben die Steuern hingegen stabil.

(Widerspruch bei der SPD)

Interessanterweise fordert die SPD aber in ihrem heutigen Antrag eine Ausnahme von der Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb von Wohneigentum. Wie absurd ist das denn, wenn man auf der anderen Seite dort, wo die SPD am Ruder ist, die Grunderwerbsteuer ständig erhöht hat? – Und dann die FREIEN WÄHLER: Kreativer geht es nicht mehr. Ich lese ständig, wir würden von den FREIEN WÄHLERN abschreiben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, beispielsweise beim Wolfsantrag! Der war gut! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Jetzt ist Herr Aiwanger tatsächlich wieder ganz motiviert, um zu beweisen, wie wir das machen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich habe nur ein Beispiel gebracht!)

Ein Beispiel, wie die FREIEN WÄHLER mit wenig Kreativität weder gute Politik machen noch gute Begriffe erfinden, ist die Tatsache, dass sie heute hier das Baukindergeld beantragen und von uns abgeschrieben haben. Die FREIEN WÄHLER haben an unserem Baukindergeld nichts auszusetzen außer, dass es angeblich zu wenig ist und zu spät kommt. Das ist das Höchste an kreativem Potenzial, das ich jemals erlebt habe!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Mein Gott, wie schlecht muss es bei Ihnen um Ideen bestellt sein! Ich danke aber auch für die Bestätigung unseres Konzeptes.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wie überall in der Politik gilt auch hier der schlaue Satz: Es könnte immer noch mehr sein. Es könnte immer noch früher kommen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg, Herr Aiwanger, auch wenn Sie, wie schon in der Vergangenheit, mit dieser Strategie nicht die große Rolle spielen. Das ist jedenfalls meine Überzeugung.

Dann aber kommt die SPD und ihr Antrag, der Baukindergeld für besondere Wohnlagen fordert. Dazu muss ich schon noch etwas sagen. Wenn man auf der einen Seite den ländlichen Raum fördern möchte und dann die Unterstützung der Vorschläge der Bundesbauministerin Hendricks in den Antrag schreibt, dann widerspricht man sich selbst schon fundamental. Wenn Sie in der Debatte darüber, ob Wohnungsförderung in München stattfinden muss oder im ländlichen Raum, damit argumentieren, dass wir im ländlichen Raum nichts brauchen, aber in München fördern müssen, denn da leben die Leute, dann zeigt das, dass Sie immer noch nicht verstanden haben, was Heimatstrategie für den ländlichen Raum bedeutet!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo! – Widerspruch bei der SPD)

Genau das ist doch Ihr Problem.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Lotte (SPD))

Wir sorgen dafür, dass in den ländlichen Bereichen Arbeitsplätze entstehen können. Wenn wir sagen, wir wollen mehr Gewerbegebiete im ländlichen Raum, damit Menschen Arbeit haben, wer ist dagegen? – Die SPD.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wenn wir digitalisieren, den Breitbandausbau machen, wenn wir Behörden verlagern, dann hat das alles den Sinn, dass die jungen Menschen in den ländlichen Räumen bleiben können und nicht in die Stadt ziehen müssen. Wenn nun auch noch jemand im ländlichen Bereich ein Haus bauen kann, dann ist das gut. Es ist nämlich schön, wenn die jungen Familien im ländlichen Bereich bleiben können und nicht nach München müssen. Das ist Bestandteil einer Strategie, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Dieser Überbietungswettbewerb ist deshalb nicht angebracht. 1.200 Euro je Kind ist ein attraktives Angebot. "Riester heute" bedeutet, dass eine junge Familie mit zwei Kindern im Jahr 908 Euro bekommt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Nach unserer Konzeption wird diese Familie 2.400 Euro bekommen. Das ist eine signifikante Verbesserung, eingebettet in das Gesamtkonzept dieser Förderung. Diese Förderung überlegen wir klug, stellen sie im kommenden Wahlkampf zur Debatte, und wir werden sie dann im Koalitionsvertrag unterbringen.

Meine Damen und Herren, in ländlichen Bereichen die Ortskerne aufwerten, in dieser Frage sind wir ganz auf einer Linie.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Lotte (SPD))

Deshalb gibt es in Bayern die Dorferneuerung. Deshalb gibt es in Bayern auch die Städtebauförderung. Ortskerne aufzuwerten heißt aber nicht ausschließlich Altbausanierung, sondern auch dort können neue Häuser gebaut werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber den Erwerb von Altbau wollen wir fördern, ihr nicht!)

Wir fördern deshalb den ländlichen Bereich. Wir unterscheiden nicht, wo die Menschen leben. Wir unterscheiden nicht die Wertigkeit von Menschen. Wir legen stattdessen ein Steuerkonzept vor, das allen in gleicher Weise nutzt. In diesem Sinne bedanke ich mich, dass die CSU-Fraktion diese Vorgehensweise unterstützt. Die Anträge von SPD und FREIEN WÄHLERN kann man nur zur Ablehnung empfehlen.

Ich freue mich, wenn dieses Konzept greift

(Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN)

und die Menschen bei uns im Lande in die Lage versetzt werden, mit der Unterstützung durch das Baukindergeld eher zu Wohneigentum zu kommen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. Bitte bleiben Sie noch. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Glauber gemeldet. Bitte schön, Herr Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär Füracker, wenn Sie davon sprechen, dass wir Ihren Antrag abgeschrieben haben, und Sie unseren Antrag ablehnen, müssten Sie Ihren eigenen Antrag auch ablehnen, weil ja angeblich nur von ihm abgeschrieben wurde. Diese Logik verstehe ich nicht.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Aber jetzt kommen wir zur eigentlichen Frage. Der Herr Kollege Rotter hat vom "10.000-Dächer-Programm" gesprochen. Aber es ist eben kein 10.000-Dächer-Programm, sondern ein 10.000-Häuser-Programm.

(Zuruf von der CSU: Wort-Glauber! – Heiterkeit bei der CSU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms können Sie je nach Bauausführung 18.000 Euro an bayerischen Mitteln bekommen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie wollen ein Baukindergeld, bei dem es in vielen Punkten Fragezeichen gibt, ob sie jemals in Berlin umgesetzt werden können. Haben Sie den Mut! Engagieren Sie sich! Bayern ist stark, zumindest immer nach den Aussagen der Staatsregierung. Führen Sie ein eigenes bayerisches Baukindergeld ein! Sie wären dazu jederzeit in der Lage, und es wäre sofort umsetzbar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Glauber. – Herr Staatssekretär, bitte schön.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Ich habe dargestellt, dass dieses Baukindergeld Bestandteil einer Gesamtstrategie auf Bundesebene ist. Nicht nur in Bayern sind Eigentumswohnungsbau und Häuserbau notwendig. Nicht einmal Sie beantragen heute ein bayerisches Baukindergeld, wenn ich Ihren Antrag richtig gelesen habe, sondern Sie haben darauf abgestellt, dass wir es auf Bundesebene beantragen sollen. Und dann lesen Sie Ihren eigenen Antrag offensichtlich nicht so genau, stellen sich hierher und fordern plötzlich etwas ganz anderes als das, was Sie vorher beantragt haben.

Niemand von unserer Seite hat abgeschrieben. Wir haben ein klares, konsistentes Programm aufgelegt, unterstützt von der Fraktion. Ich weiß gar nicht, über was wir eigentlich diskutieren. Wenn Sie ein bayerisches Baukindergeld wollen, dann beantragen Sie halt kein deutsches hier im Saal. Sprechen Sie zu Ihrem eigenen Antrag und nicht zu irgendeinem, den Sie sich während der Debatte plötzlich ausgedacht haben!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Sind Sie fertig?

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Hamma's?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Mir ham's, danke. Sie können natürlich noch weitersprechen, vielleicht kommt dann noch mal was. Danke schön. – Nun hat sich noch einmal der Kollege Lotte zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Andreas Lotte (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es ganz kurz und knapp. Nur kann man das so nicht stehen lassen, was Herr Füracker hier erzählt. Wenn, dann sollten Sie schon zuhören, Herr Füracker. Ich wiederhole es, um es hier im Hohen Haus klarzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir von der SPD haben gesagt: Wir wollen ein Baukindergeld, ja, in den Ballungsräumen eine andere Förderung als im ländlichen Raum. Aber es geht nicht darum, dass im ländlichen Raum weniger bezahlt wird, sondern einfach darum, dass es eine andere Form der Förderung gibt. Wir brauchen eine Förderung der Ortskerne im ländlichen Raum. Dafür bietet sich der Bestand an; denn da steht schon was. Darum heißt es "Ortskern".

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das ist entscheidend. Das darf hier schon mal gesagt werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Lotte. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

(Anhaltende Unruhe)

Ich darf um Ruhe bitten, damit wir die Abstimmungen durchführen können. – Wir kommen nun zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15027 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen, bitte! – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen! – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15055 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen, bitte! – Das sind die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen, bitte! – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15056 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen, bitte! – Das sind die CSU-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen! – Das sind die FREIEN WÄHLER. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme nun zurück zu den Dringlichkeitsanträgen unter Nummer 1 in der Auflistung der Plenar-Dringlichkeitsanträge. Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden dazu wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN abstimmen, über die in einfacher Form abgestimmt wird. Wir führen danach die namentliche Abstimmung über den SPD-Antrag durch.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15036 – das ist der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen, bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15054 – das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15026. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 20.35 bis 20.40 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Es folgt die Beratung der Dringlichkeitsanträge unter Nummer 3 in der Auflistung der Plenar-Dringlichkeitsanträge. – Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)